

Potsdamer Eckpunkte zur Reform der Beruflichen Bildung

Es werden Auszüge aus den „Eckpunkten“ dokumentiert, die in Zusammenarbeit der Ministerien für Arbeit, Bildung und Wissenschaft des Landes Brandenburg erarbeitet wurden.

Gesellschaftlicher Bedarf an Beruflicher Bildung

In seiner Regierungserklärung vom 20. August 1997 hat Ministerpräsident Stolpe erneut die Zielsetzung der Landesregierung bestätigt, „daß für jeden Jugendlichen in Brandenburg, der dies wünscht, ein Ausbildungsplatz bereitsteht“.

Ausgangslage: Das traditionelle „Duale System“ wird dem Bedarf nicht (mehr) gerecht

Beschreibung der „Versorgungslage“

Die Schärfe der „Versorgungskrise“ in Ostdeutschland, also die erheblich größere Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem „Dualen Ausbildungsmarkt“ verweist auf spezifische Problemkonstellationen nach der „Wende“. Das Berufsbildungsgesetz und damit das „Duale System“ westdeutscher Prägung sind auf die Neuen Bundesländer übertragen worden, ohne diese spezifischen Problemkonstellationen ausreichend zu analysieren und zu berücksichtigen.

Nach gegenüber den Wendezeiten inzwischen ernüchterten Einschätzungen werden diese Bedingungen in Verbindung mit einem bis etwa 2004/2005 andauernden demographisch bedingten Nachfrage-Druck (Schülerberg) in den nächsten Jahren anhalten, so daß – bei unveränderter Angebotslage – eher mit einer weiteren Verschärfung der Ausbildungsplatzlücke zu rechnen ist.

Bisherige Förderpolitik

Weitere staatliche Fördermaßnahmen – insbesondere der starke Ausbau außerbetrieblicher Ausbildung – wurden primär an Gesichtspunkten der quantitativen Lückenschließung und weniger an qualitativen Kriterien ausgerichtet. Sie bewirkten darüber hinaus eine zunehmend unübersichtliche Förderlandschaft für die Erstausbildung in den Ost-Ländern und seit 1996 – nachdem der Bund durch drastische Absenkung des Fördersatzes in den jährlich aufgelegten Bund-Länder-Sonderprogrammen dem weiteren Ausbau der (teuren) außerbetrieblichen Ausbildung entgegenwirkte – auch Erscheinungsformen des „Preis-Dumping“ für Ersatz-Varianten betrieblicher Ausbildung in den einzelnen Ost-Ländern.

Für die betroffenen Jugendlichen bewirkt die so entstandene Situation, daß sie als Angehörige der gleichen Altersgruppe in gleicher Lebenslage ungleich gefördert werden und sogar bei gleichen Ausbildungsberufen je nach Form der Ausbildung sehr unterschiedliche Ausbildungsvergütungen erhalten.

Charakteristisch für die Förderpraxis der Beruflichen Bildung seit der „Wende“ war es, daß das „Duale System“ als zentraler Träger der Berufsausbildung angesehen und propagiert wurde. Demzufolge wurden alle anderen Maßnahmen, die aufgrund der Nachfrage von Jugendlichen erforderlich wurden, als zeitlich befristete Ersatzmaßnahmen konzipiert, als „Surrogate“ des „eigentlich“ richtigen Systems. Dies geschah ohne Berücksichtigung der Qualität, die viele dieser Bildungsgänge durchaus aufweisen konnten. Angesichts der strukturellen Probleme des „Dualen Systems“, also der geringen Aussicht, daß dieses in Zukunft sich erholt und zum zentralen Träger von Berufsbildung wird, ist es überfällig, von der „Politik der Ersatzlösungen“ Abschied zu nehmen und vor dem Hintergrund der Strukturen,



die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, pragmatisch, aber mit Blick auf Qualität und Zukunft ein neues Berufsbildungssystem zu entwickeln und zu stabilisieren.

Strukturelle Probleme des „Dualen Systems“

Das in handwerklichen Meister-Traditionen entstandene, in eine Vielzahl von abgegrenzten Berufen aufgesplitterte deutsche Ausbildungssystem ist für die sich verändernden Strukturen und Qualifikationsanforderungen einer zukunftsfähigen Ökonomie zu spezialisiert und einengend, hinkt in seinen (komplizierten) Modernisierungsprozessen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher und stößt auf erhebliche Entwicklungs- und Wachstumsbarrieren. Dabei spielt der einzelbetriebliche Bezug des deutschen Ausbildungssystems eine schwierige und eher hemmende Rolle.

Die Qualifikationsanforderungen in wichtigen Segmenten einer zukunfts-(wettbewerbs-)fähigen Ökonomie verschieben sich tendenziell von Qualifikationen, die vor allem während des praktischen Arbeitens erworben werden, zu Wissens- und Analysequalifikationen. Zugleich verschwinden im Zuge neuer Arbeitsorganisationen und -formen zahlreiche Arbeitsplätze, die bislang mit dem Qualifikationsniveau des Facharbeiters besetzt wurden.

Betriebliche Lernfelder sind ein knappes, aber unverzichtbares Gut

Für viele Unternehmen, die sich im globalen Wettbewerb reorientieren und ihre Strategien auf eine wesentlich verbesserte globale Wettbewerbsfähigkeit ausrichten, steht die unternehmensspezifische Förderung der Kompetenzen des „Faktors Arbeit“ im Vordergrund; faktisch fallen damit die beiden für die Erstausbildung im „Dualen System“ charakteristischen Komponenten – die auf die Bewältigung von Arbeitstätigkeit orientierte Qualifizierung und die sozialintegrative Bildung – immer stärker auseinander. Faktisch zeichnet sich ein Trend zur „Verstaatlichung und Verallgemeinerung der Erstausbildung“ und der „Verbetrieblichung und zunehmenden Spezialisierung der Weiterbildung“ ab. Deshalb müssen neue Regulierungsmechanismen gefunden werden, die die für jede Berufliche Bildung unverzichtbare, aber knappe Ressource „Betriebliche Lernfelder“ anders verteilt.

Gesetzlich verfügte Ausbildungsplatzabgaben für Betriebe im Rahmen des unveränderten „Dualen Systems“ lösen weder das quantitative noch das qualitative Ausbildungsproblem, sondern befestigen seine Strukturprobleme.

Reformperspektiven: Regionale Bildungszentren als eine „tragende Säule“ der Beruflichen Bildung in Brandenburg

Generelle Perspektiven

Zur Sicherstellung „betrieblicher Lernfelder“ für Berufliche Bildung im Rahmen einer breiten Lernortpluralität an Schulen, Fachhochschulen, Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten hat der Staat eine Steuerungsverantwortung. Dies gilt prinzipiell für alle Formen Beruflicher Bildung als „öffentlicher Infrastruktur“. Im Bereich der Hochschulen mit ihrer auch in Zukunft verstärkt zunehmenden Autonomie sollte diese Verantwortung allerdings überwiegend durch Einführung autonomiestärkender gesetzlicher Regelungen wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund eines schrumpfenden Segments traditioneller „Dualer Ausbildung“ und der Notwendigkeit, statt Ersatzlösungen ein neues System Beruflicher Bildung zu entwickeln, das die bestehenden positiven Ansätze integriert, wären alle Jugendlichen, die sich in Beruflicher Bildung befinden, primär als Lernende, darüber hinaus aber auch als Arbeitsplatzsuchende zu verstehen und damit in einer vergleichbaren sozialen Situation, die auch durch eine Lebensführungsförderung begleitet werden müsste, die vom Grundsatz her denselben Kriterien unterworfen ist.



Ansätze

Bei der Skizzierung der Ansätze einer zukunftsweisenden brandenburgischen Berufsbildungspolitik wird davon ausgegangen, daß die grundlegenden Strukturprobleme des (bundesgesetzlich geregelten) „Dualen Systems“ auf Länderebene nicht gelöst werden können, daß aber die Ausschöpfung aller gegebenen landesrechtlichen Möglichkeiten und eine an den Strukturproblemen ausgerichtete Konzentration der in Ostdeutschland für die berufliche Bildung verausgabten Fördergelder die Problemlage nicht zu mildern, sondern die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen unterstützen kann.

Im Zentrum der Entwicklung der Beruflichen Bildung in Brandenburg soll der gezielte Ausbau von beruflichen Bildungsgängen im Rahmen der Oberstufenzentren (OSZ) in den Regionen stehen. Hierbei soll an das im Jahre 1997 vereinbarte Kooperative Modell angeknüpft werden, das es weiterzuentwickeln gilt. Die OSZ sollen zu regionalen Dienstleistungszentren für die Koordinierung der Beruflichen Bildung in der Region ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere auch die Koordination von „betrieblichen Lernfeldern“ für Ausbildungsgänge in Berufsfachschulen und in Ausbildungsverbänden in Zusammenarbeit mit den relevanten regionalen Akteuren: Wirtschaftsdezernate der Kommunen, Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften, dezentrale Geschäftsstellen der Technologie- und Innovationsagentur des Landes Brandenburg, Arbeitsämter etc.

Die OSZ müssen in dieser Dienstleistungsfunktion dabei gerade für die Zukunft auf das „Selbständigwerden“ als Lebensperspektive vorbereiten.

Die Verantwortung der Wirtschaft, die Duale Ausbildung – allerdings unter den skizzierten veränderten Rahmenbedingungen – durch Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze zu sichern, besteht weiter fort. Erheblich wachsen wird zugleich die Herausforderung an die Wirtschaft, den Lernort „Betrieb“ in wesentlich größerem Maße als bisher neuen, zukunftsfähigen Ausbildungsgängen zu öffnen.

Ausblick

Für das Land Brandenburg ergibt sich aus der vorstehenden Analyse und den in Ansätzen skizzierten Reformperspektiven vorrangig folgender Handlungsbedarf:

- Konzentration der für die berufliche Erstausbildung bereitgestellten Fördermittel auf den Ausbau der Oberstufenzentren (OSZ) als regionale Dienstleistungszentren für die Koordination der Beruflichen Bildung. Ansatzpunkt dafür ist das im Jahre 1997 eingeführte Kooperative Modell. In die Koordinationsaufgabe wären auch die Fachhochschulen des Landes mit ihren Angeboten einzubeziehen.
- Einleitung von wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen an den OSZ für nach regionalen Bedarfen zu entwickelnde Bildungsgänge an Berufsfachschulen.

Die Konzentration der Förderung auf Entwicklungsperspektiven der OSZ als regionale Zentren der Beruflichen Bildung bedeutet nicht, daß die Ausbildung im traditionellen „Dualen System“ gering eingeschätzt wird. In Bereichen, in denen das „Duale System“ bedarfsgerecht funktioniert – das betrifft vor allem das Handwerk, aber auch neu geordnete und entwickelte Berufe, so sie denn von den Betrieben angenommen werden – soll es einen Beitrag zur Ausbildung der nachwachsenden Generation leisten. Wie in der vorstehenden Analyse deutlich geworden ist, kann das traditionelle „Duale System“ dem gesellschaftlichen Bedarf an Beruflicher Bildung nicht mehr ausreichend gerecht werden, und zwar weder quantitativ noch qualitativ. Deshalb ist es für die Berufsbildungspolitik im Land Brandenburg dringend erforderlich, ein „Mischsystem“ zu entwickeln, das neben die Ausbildung im traditionellen „Dualen System“ Angebote der Oberstufenzentren stellt, die den Jugendlichen prinzipiell gleiche Bedingungen der Lebensführungsförderung und gleiche Chancen am Arbeitsmarkt eröffnen.



Modellversuche zur experimentellen Entwicklung von beruflichen Bildungsgängen an den OSZ sollten sich auf mindestens zwei strukturell unterschiedliche Regionen beziehen: eine Region im Verdichtungsraum um Berlin mit der Ausrichtung auf neue (industrielle) Technologien und/oder Dienstleistungen und eine strukturschwache Region in den Berlin-fernen Räumen Brandenburgs. Dabei sollen die Modellversuche – neben der (curricularen) Gestaltung neuer Bildungsgänge unter Einbeziehung des Lernortes Betrieb – auch die vielfachen neuen Gestaltungserfordernisse berücksichtigen, die sich den OSZ in ihrer neuen Bestimmung als regionale Dienstleistungszentren für Berufliche Bildung stellen.

Kritische Meßlatte der Modellversuche wären die eingangs dargestellten gesellschaftlichen Bedarfe Beruflicher Bildung: zukunftsfähige Ausbildung bezogen auf spezifische wirtschaftliche Standortfaktoren unter Bedingungen der Chancengleichheit für alle Jugendlichen in der Region.

